



Bayerisches Staatsministerium der Finanzen · Postfach 22 00 03 · 80535 München

Vorsitzende des Elternbeirats
des Korbinian-Aigner Gymnasiums
Frau Ulla Dieckmann und
Herrn Christian Kainz
Sigwolfstraße 50
85435 Erding

Telefon
089 2306-2348

Telefax
089 2306-1823

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
23/18-L 1200-075-50940/10

Datum

10. JAN. 2011

Doppelhaushalt 2011/2012

Sehr geehrte Frau Dieckmann,
sehr geehrter Herr Kainz,

für Ihr Schreiben, in welchem Sie insbesondere die Personalsituation an den Gymnasien thematisieren, danke ich Ihnen.

Es freut mich, Ihnen in diesem Zusammenhang mitteilen zu können, dass im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2011/2012 – trotz der erforderlichen Konsolidierungsbemühungen – pro Jahr 1.000 Lehrerplanstellen für Verbesserungen im Schulbereich vorgesehen werden konnten. Mit diesen zusätzlichen Lehrkräften kann ab dem Schuljahr 2011/2012 an allen Schularten, d.h. auch an den weiterführenden Schulen, der Ausbau der gebundenen Ganztagschule vorangetrieben werden. Ich halte dies für einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Weiterentwicklung des bayerischen Bildungswesens.

Darüber hinaus sind aber auch weitere Verbesserungen, wie z.B. der Einstieg in die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention möglich. Auch für den weiteren Ausbau der offenen Ganztagschule sind im Regierungsentwurf Haushaltsmittel für

125 zusätzliche Gruppen im Schuljahr 2011/2012 und weitere 100 zusätzliche Gruppen im Schuljahr 2012/2013 vorgesehen.

Hinsichtlich der von Ihnen erwähnten Verschlechterung der finanziellen Situation für junge Lehrer möchte ich anmerken, dass die für den Haushalt ohne Nettoneuverschuldung zwingend erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen auf verschiedene Bereiche verteilt werden mussten.

Dabei ist ein Konsolidierungsbeitrag der Beamten unumgänglich. Zwar ist Bayern viel besser als erwartet aus der weltweiten Wirtschaftskrise gekommen und die Arbeitslosenquote in Bayern so niedrig wie nirgendwo sonst in Deutschland; die mit der Wirtschaftskrise stark angestiegenen Staatsausgaben müssen aber wieder zurückgeführt werden. Aufgrund des großen Anteils der Personalkosten am bayerischen Gesamthaushalt muss die Staatsregierung deshalb auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Freistaates einen Sparbeitrag einfordern.

Dabei bitte ich Sie zu beachten, dass die Staatsregierung bemüht ist, die Beamten möglichst wenig zu belasten. So sieht der Gesetzentwurf zur Absenkung der Eingangsbesoldung zwar vor, dass Beamte, die nach dem 30. April 2011 erstmals Anspruch auf Grundgehalt haben, das Grundgehalt der nächst niedrigeren Besoldungsgruppe erhalten, jedoch nur bis zum 30. April 2013, d. h. für einen Zeitraum von maximal zwei Jahren. Zudem wird die statusrechtliche Wertigkeit des verliehenen Amtes nicht verändert, so dass die an das Statusamt anknüpfenden sonstigen Besoldungsleistungen (z. B. Zulagen, Mehrarbeitsvergütung) und Beförderungswartezeiten unverändert bleiben werden. Durch die Absenkung werden Beförderungen nicht hinausgeschoben; ebenso wenig wird der reguläre Aufstieg in der Grundgehaltstabelle beeinflusst.

Sehr geehrte Frau Dieckmann, sehr geehrter Herr Kainz, ich darf Ihnen versichern, dass die Staatsregierung insbesondere mit den im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2011/2012 enthaltenen zusätzlichen 2.000 Lehrerplanstellen für Verbesserungen im Bildungsbereich – nach bereits 2.738 neu ausgebrachten Lehrerplanstellen im Doppelhaushalt 2009/2010 – wiederum einen deutlichen Schwerpunkt im

Bereich Bildung setzen wird und das ohne zukünftigen Generationen neue Schulden zu hinterlassen. Bildung ist unser höchstes Gut und ich bin der Meinung, dass die Staatsregierung hierfür im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2011/2012 die bestmöglichen Rahmenbedingungen geschaffen hat.

Herr Staatsminister Dr. Spaenle erhält einen Abdruck dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen


Georg Fahrenschoen